Fürstenau, den 05.12.2023

Bericht des Stadtdirektors über wichtige Angelegenheiten der Stadt und wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Top Ö 7

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Fürstenau hat nach § 32 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in seiner Sitzung am 28.11.2023 die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Zukunft der Pommernkaserne“, angezeigt am 14.08.2023, festgestellt.

In der gleichen Sitzung wurde festgelegt, dass der auf Grund dieses Beschlusses durchzuführende Bürgerentscheid am 25.02.2024 stattfindet.

Verwaltungsseitig werden aktuell alle Vorbereitungen für die Durchführung des Bürgerentscheids getroffen.

In diesem Zusammenhang ein kurzer Hinweis zur aktuellen Belegung in der LAB. Stand heute sind 158 Menschen in der LAB untergebracht. Die Landesaufnahmebehörde wird bis zum Jahresende die Unterbringung auf Null fahren und dann ab dem 01.01.2024 nicht neu belegen.

Grundsätzlich hat das Land Niedersachsen weiterhin Interesse an dem Objekt zur Erstaufnahme von geflüchteten Menschen.

Weitere mögliche Gespräche soll es dazu aber erst nach dem Bürgerentscheid geben.

Das Land Niedersachsen und die LAB stehen vor dem Bürgerentscheid für eine weitere Infoveranstaltung zur Verfügung. Die Veranstaltung dürfte dann Ende Januar / Anfang Februar stattfinden.

Einstellen muss sich die Samtgemeinde Fürstenau auf Flüchtlingszuweisungen ab Januar 2024, da die LAB dann nicht mehr auf die Quote angerechnet wird. Wie hoch diese Zuweisungen ausfallen werden, lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorhersagen. Es ist im Moment davon auszugehen, dass bis März 2024 etwa 10 bis 15 Menschen untergebracht werden müssten. Ab April 2024 würde dann ein neues Kontingent für den Landkreis Osnabrück für die nächsten sechs Monate berechnet. Aktuell kann der Landkreis noch keine verlässliche Aussage zur neuen Quote treffen.

Zum regionalen Raumordnungsprogramm gibt es aktuell nur mitzuteilen, dass mit der Auslegung des zweiten Entwurfs nicht vor dem Ende des 1. Quartals 2024 zu rechnen ist.

Kurz zum Sachstand Glasfaserausbau „graue Flecken“. Die TELKOS hat am 28.11. vorab per mail die Förderbescheide des Bundes über etwa 56 Mio. € für den Ausbau der Fördergebiete Nord und Mitte erhalten.

Auch die Landesförderung von 25% also etwa 28 Mio. € wurde zugesagt, so dass der Ausbau nun, wie in unserer Ratssitzung vor der Sommerpause in der örV beschlossen, erfolgen kann.

In der ersten Jahreshälfte 2024 werden daher die Planungsleistungen und der Netzbetrieb europaweit ausgeschrieben. In der zweiten Jahreshälfte soll dann die Ausführungs- und Genehmigungsplanung erfolgen. Mit ersten Baumaßnahmen kann dann voraussichtlich Anfang 2025 begonnen werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch ganz kurz zum Thema „Unterschriftenliste zur Aufforderung der Gründung eines kommunalen MVZ“ hinweisen.

Es liegt dazu auch ein Antrag der Gruppe SPD-Bündnis90/die Grünen und FDP vor, die notwendigen Voraussetzungen und möglichen Kosten für die Stadt Fürstenau zu prüfen. Im nächsten Fachausschuss soll dazu dann weiter beraten werden.

Zudem suchen wir weiterhin mit regionalen Institutionen nach Lösungen, wie die kinderärztliche und allgemeinmedizinische Situation in der Stadt Fürstenau verbessert werden kann.